

# BESCHLUSS

---

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 12. Dezember 2005

---

**Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 12. Dezember 2005 beschlossen:**

## **Für neues Vertrauen in die Politik - Einführung eines an klaren politischen Zielvorgaben gekoppelten Leistungslohns**

Mit politischen Notoperationen am Gesundheits-, Sozial- und Steuersystem muß endlich Schluß sein. Was die Bundespolitik braucht sind mutige, zukunfts feste und richtungsweisende Reformen. Doch mit programmatischen Vorschlägen allein ist es nicht getan. Die Menschen müssen wieder Vertrauen fassen können, daß sich nach der Wahl inhaltlich etwas bewegt. Daher soll ein Leistungslohn eingeführt werden, welcher die Einhaltung klarer Zielvorgaben an die Entlohnung von Kabinettsmitgliedern koppelt.

Dies soll dazu beitragen, wieder mehr Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zu erreichen.

Eine Ursache für den Vertrauensverlust liegt in der nicht mehr durchschaubaren Zuordnung von Verantwortlichkeiten und der mangelnden Transparenz von Entscheidungen. Die Bürgerinnen und Bürger können nicht mehr erkennen, welche politische Ebene für welche Entscheidung zuständig ist. Das schafft kein Vertrauen in die Politik, sondern sät Mißtrauen und Unverständnis. Deshalb ist eine Föderalismusreform unbedingt erforderlich.

Eine andere Ursache für die Vertrauenskrise ist die Tatsache, daß die Politik seit Jahren bei den wichtigen Reformfragen nicht vorankommt und die Bürgerinnen und Bürger ein immer stärkeres Handlungsdefizit wahrnehmen.

Mit der Einführung eines Leistungslohns zur Einhaltung politischer Zielvorgaben, setzt die Politik ein deutliches Zeichen, daß sie gewillt ist, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Parteien, die sich zu einer Koalition zusammengefunden haben, formulieren nach dem Abschluß von Koalitionsverhandlungen eine rechtsverbindliche Erklärung, in der sie die Ziele ihrer Politik -für die Politikbereiche, für die meßbare Ziele benannt werden können- und deren schrittweise Umsetzung innerhalb der Legislaturperiode darlegen. Die FDP fordert, daß in **mindestens** fünf zentralen staatlichen Politikbereichen meßbare Zielvorstellungen festgelegt werden:

1. Abbau der Staatsschulden
2. Steuersenkung und -vereinfachung
3. Verringerung der Staatsquote
4. Subventionsabbau
5. Reform der sozialen Sicherungssysteme

Festgelegt wird jeweils ein Ziel, das zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden soll, sowie Zwischenziele für jedes Jahr.

Mit Eintritt in das Kabinett übernehmen die Kabinettsmitglieder gemeinsam die Verantwortung für die Umsetzung der festgelegten Ziele. Alle Mitglieder des Kabinetts sind damit für die Erreichung der zentralen, meßbaren Ziele gesamtverantwortlich.

Gleichzeitig wird für die Kabinettsmitglieder ein Leistungslohn eingeführt. Dies unterstreicht die Ernsthaftigkeit des Bemühens, die selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Bei negativen Abweichungen von den zuvor festgelegten Zielen wird der Grundlohn prozentual gekürzt. Die Kürzung steigt schrittweise, beginnend mit zehn bis maximal 30 Prozent, sofern die Ergebnisse – ohne Einfluß höherer Gewalt – verfehlt werden. Im Gegenzug sollen die Kabinettsmitglieder bei positiver Zielabweichung einen Gehaltszuschlag von bis zu zehn Prozent erzielen können. Überprüft wird die Erfüllung der Zielvorstellungen von einer unabhängigen Expertenkommission beim Bundespräsidenten aus Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft.

Dieses transparente und überprüfbare System, das in der Wirtschaft längst umgesetzt ist und das sich politisch z.B. schon in Kanada, u.a. in den Provinzen British Columbia, Manitoba und Ontario bewährt hat, kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, daß die Bürgerinnen und Bürger verlorenes Vertrauen in die Politik zurückgewinnen. So kann Politikverdrossenheit, auch Protestwählerverhalten entgegengetreten und weiterer Schaden von unserer Demokratie abgewendet werden.

Damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Funktion als Souverän erfüllen können, müssen ihnen - neben der Entflechtung der Kompetenzen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen – objektive Entscheidungskriterien über die Arbeit der sie vertretenden Politikerinnen und Politiker an die Hand gegeben werden. Die Festlegung meßbarer Ziele in zentralen staatlichen Politikbereichen, gekoppelt mit dem Leistungslohn, wird dabei ein wichtiger Baustein sein. Das Prinzip „Leistung muß sich wieder lohnen“ gilt nicht nur für Bürger, Wirtschaft und Kultur, sondern eben auch für die Politik.